

13./IV. 1918

a
13*M*

Die geplante städtische Brotfabrik und die Gewerbetreibenden. In einer Versammlung des Neubauer Wählervereines kam Obmannstellvertreter Direktor Zimmerl auch auf die geplante Errichtung einer städtischen Brotfabrik zu sprechen und führte, nachdem er an die einschlägigen Programmpunkte der christlichsozialen Kommunalpolitik erinnert hatte, u. a. aus: Da die Gemeinde beabsichtige, in der neuen Brotfabrik eine gemischte Verwaltung einzusetzen, so ist dafür gesorgt, daß der hodenständige Gewerbebestand nicht ausgeschaltet werde. Die Leitung und Führung sollte dem berufenen Gewerbsmann, also den Bäckern, überlassen werden, damit die Brotfabrik in sachmännische Hände gelange, zur Beratung jedoch könnten der Geschäftsleitung auch Beamte beigegeben werden. Einrichtung und Zusammensetzung des Unternehmens ganz ohne die Gewerbetreibenden zu machen, wäre natürlich unzweckmäßig und würde die Mißstimmung in den Kreisen des Bäckergewerbes, das gewisse Befürchtungen vor der städtischen Brotfabrik hegt, begreiflich machen. Bei der seinerzeitigen Errichtung der Großschlächtereier schalteten sich leider die Fleischhauer selbst aus, da sie die Beteiligung ablehnten. Dagegen sind die Bäcker und Kaufleute vom Zentralverband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften heute bereit, sich an der städtischen Brotfabrik mit größeren Beiträgen zu beteiligen, wenn ihnen dafür der ihnen zukommende Einfluß auf das Unternehmen eingeräumt wird. Bisher sind, sagte Redner, der Verwaltung nur je ein Arbeiter- und Beamtenvertreter zugezogen. Auch die Gewerbetreibenden sollten vertreten sein. Der Redner richtete an die anwesenden Gewerbevertreter im Gemeinderate die Bitte, in diesem Sinne zu wirken.